

Belzig. Die Zeitung...
erschient täglich.
In bezug durch alle Post-
ämter des In- und Auslandes;
in Frankreich durch
M. N. Alexandre in Stras-
burg, und bei demselben in
Paris, Nr. 23, rue Notre
Dame de Nazareth;

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Wilmam
& Morgan in London,
14 Gennetta-Street, Co-
vent-Garden.
Preis für das Vierteljahr
2 Thlr.

Insertionsgebühr für den
Raum einer Zeile 2 Rgr.

Ueberblick.

Deutschland. Frankfurt a. M. Eingabe der Großdeutschen an das Reichsministerium. — Die Indiscretion des Telegraphen. — Die gothaer Berathung. O Dresden. Der Kriegszustand. — Offizierunfug. München. Erzherzog Ferdinand. — Die preussische Hülfe. — Fürst Wallerstein. — Der Herzog von Leuchtenberg. Regensburg. Brandunglück. Nürnberg. Der König. Aus der Pfalz. Die provisorische Regierung. — Proclamation des Fürsten v. Thurn und Taxis. Neustadt a. d. Haardt. Landau. — Germerstheim. ** Stuttgart. Gewaltsschritte gegen die Nationalversammlung. — Ausweisung derselben. — Ständeversammlung, das Wahlgesetz, das Verhältnis zur Nationalversammlung und Centralgewalt. Schreiben des Ministeriums an Dr. Löw. — Proclamation gegen die Nationalversammlung. — Staatsrath Römer gegen den «Beobachter». Ulm. Erceffe. Friedrichshafen. Abwehr österreichischer Truppen. Karlsruhe. Die constituirende Versammlung. — Auffoderung. — Der Bürgerkrieg. Bericht Microslawski's. † Heidelberg. Verteidigungsmaßregeln, die Universität. — Bulletin. Mannheim. Die Einnahme von Ludwigshafen, Proclamation. Brand der Rheinbrücke. — Proclamation. Das ladenburger Treffen. Rastatt. Gefangene. Weinheim. Die Waffenruhe. — Nachträgliche Kriegsberichte, die Treffen bei Käferthal, Ladenburg und Großsachsen. — Die Reichstruppen. Darmstadt. Wiederbeginn des Kampfes. — Rückblicke, Hirschhorn. Darmstadt. Die Preußen. Mainz. Die Mainzer Zeitung, General Ashoff. Neckarsteinach. Badische Freischaren. Wiesbaden. Die Schwurgerichte. Frankfurt a. M. Straßenslärm. Graunschwrig. Abgeordnetenversammlung. Kuxhafen. Die Blockade. Schwerin. Wahlen, das Wechselgesetz, die streitiger Stände. Aus Holstein. Die preussische Kriegführung.

Handel und Industrie.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 19. Jun. Die Reichstagsabgeordneten Busch aus Freiburg, Herm. Müller aus Aachen, Welbeker sowie Buttke aus Leipzig haben am 18. Jun. ein Schreiben an das Gesamtreichsministerium alhier dem Präsidenten des Reichsministerraths überreicht, in welchem sie wohlmotivirt auf die Erneuerung des bisherigen Reichstags mittels Einberufung der nicht ausgeschiedenen Mitglieder wie durch Anordnung von erforderlichen Neuwahlen, eventuell auf Berufung einer neuen Reichsversammlung dringen. Sie sind in Folge dessen auf morgen zu einer Conferenz mit den Reichsministern beschieden worden.

Es heißt in der Oberpostamts-Zeitung aus Frankfurt a. M. vom 19. Jun.: Die Deutsche Zeitung enthielt vor einigen Tagen einen aus Berlin datirten Artikel, wonach durch Mißbrauch des Amtsgeheimnisses im Telegraphenbureau eine fremde Regierung eher in den Besitz von wichtigen Depeschen der preussischen Regierung gelangt seien als die betreffenden Behörden der letztern. Es kann aus amtlicher Quelle versichert werden, daß bei dem hiesigen Telegraphenbureau eine derartige Indiscretion oder gar Veruntreuung nicht stattgefunden hat.

In der Deutschen Zeitung wird aus Frankfurt a. M. vom 18. Jun. veröffentlicht: Die Unterzeichner der Einladung zu der Versammlung in Gotha am 26. d. M. sind veranlaßt, zu erklären: daß nur diejenigen an der Versammlung theilnehmen können, welchen die von uns unterzeichnete Einladung brieflich und persönlich zugekommen ist, und welche sich in Gotha damit als Eingeladene ausweisen. Ohne diese oder auf eine durch dritte Hand, wenn auch von Einem der Theilnehmer ergangene Einladung wird Niemandem der Zutritt zu der Besprechung gestattet, und Ausnahmen könnten nur durch Beschluß der Versammlung stattfinden. Der Zweck der Versammlung und frühere Erfahrungen werden es den eingeladenen Freunden, sowie uns, räthlich erscheinen lassen, daß auf diesem Wege Mißverständnisse und Unannehmlichkeiten vermieden werden. Dahlmann. Francke. H. v. Gagern. M. v. Gagern. Graf Siech. Mathy. Rümelin. v. Soiron. Widenmann.

Max v. Gagern sagt in einem langen Schreiben an seine Wähler in der Kassauischen Allgemeinen Zeitung über den frankfurter und berliner Verfassungsentwurf und die Versammlung in Gotha Folgendes: Deutschland wird niemals vergessen, daß es eine Reichsversammlung gehabt, welche in ihren guten Tagen Achtung selbst dem Auslande abgerungen hat; und noch besteht die Reichsverfassung, und keine Macht, wie unsere Austrittserklärung sagt, „wird ersehen, was in den Augen der Nation als der freie Ausdruck ihrer Selbstbestimmung bereits gewurzelt hat.“ Sie besteht aber selbst für solche Re-

gierungen, die sie nicht haben anerkennen wollen; denn in dem Entwurfe von Preußen, Sachsen und Hannover ist sie in ihren Hauptzügen und selbst im Wortlaute so sehr erhalten, daß man überall ausrufen hört: war es der Mühen und Gefahren werth, um der wenigen Verbesserungen willen, die kein Verständiger verkennen wird, um der veränderten Namen willen das deutsche Volk so hart zu prüfen und so bitter so kränken? und ist der Erfolg nun gesicherter? Allerdings sind auch wesentliche Verschiedenheiten in diesen beiden Verfassungen, und diese werden am 26. d. M. in Gotha den Gegenstand einer reifen Berathung der Mitglieder unserer alten Mehrheit ausmachen, wenn auch nur in ihrer Eigenschaft als Privatleute. In dieser Zusammenkunft, zu welcher ich am 3. Jun. den ersten Vorschlag gemacht habe, werde ich dahin zu wirken suchen, daß mit aller Anstrengung, mit aller Selbstüberwindung, aber auch mit aller Entschiedenheit so bald möglich ein gemeinsamer ordentlicher Reichstag, nicht für ein Großpreußen oder Norddeutschland, sondern für Deutschland in den Grenzen der Reichsverfassung möglich gemacht und zu Stande gebracht werde.

O Dresden, 21. Jun. Ein Befehl des Oberbefehlshabers der bewaffneten Macht gestattet versuchsweise, die Schließung der Wirths- und Schänkhäuser im Kriegszustandbezirke bis 11 Uhr zu verspäten. — Das Stabskriegsgericht hatte einen Offizier commandirt, die Sicherheit der Maigefangenen zu überwachen, welche in der hiesigen Cavaleriekaserne in Neustadt untergebracht sind. Der Offizier mißbrauchte dieses Vertrauen dazu, in die Gefängnisse sich zu begeben und die Gefangenen zu verhöhnern und sonst zu belästigen. Das Stabskriegsgericht erhielt davon Kenntniß, stellte den Unfug sofort ab und ertheilte dem Offizier einen ernsten Verweis.

München, 18. Jun. Wegen der heute Morgen ganz unerwartet erfolgten Ankunft des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich, Bruders des regierenden Kaisers, ist die Abreise des Königs und der Königin nach Nürnberg unterblieben. Der Erzherzog wurde diesen Mittag von dem König empfangen und überbrachte demselben den Orden des goldenen Vlieses. Die Hierherkunft des Erzherzogs ist zunächst wol nur eine Höflichkeitsbezeugung für die Sendung des Prinzen Luitpold an das kaiserl. Hoflager nach Schönbrunn; allein unter den jetzigen politischen Verhältnissen und bei den in diesem Augenblick zwischen dem österreichischen und bairischen Cabineten stattfindenden Unterhandlungen bezüglich der deutschen Verfassungsangelegenheit haben diese prinzlichen Besuche doch immerhin eine höhere Bedeutung, als es sonst der Fall sein möchte. Den Erzherzog begleiten mehre höhere Offiziere, namentlich F. M. L. Graf v. Bellegarde. — Der Ausbruch des größern Theils der Truppen im Lager bei Donauwörth gegen die Schweizergrenze zu soll heute Morgen begonnen haben. Die beiden Bataillone des Infanterieleibregiments sind vorerst nach der Festung Ulm bestimmt. (N. C.)

München, 17. Juni. Die nun durch die Proclamation des preussischen Generals v. Hirschfeld an die Bewohner der Pfalz zu Tage liegende Thatsache, daß die bairische Regierung wirklich die preussische zu bundesmäßiger Hülfe aufgefordert habe, hat hier unter den Bürgern einen sehr üblen Eindruck gemacht. Man wird es hier dem bairischen Ministerium so schnell nicht vergessen, daß es zu dieser Hülfe seine Zuflucht nahm, während ihm bei der jetzigen Stärke des bairischen Heeres Mittel genug zur Hand waren, selbständig, ohne preussische oder Reichshülfe, die Ordnung in der Pfalz herzustellen. Nachdem indessen in der königl. Proclamation an die Pfälzer nur von dem Einmarsch bairischer Truppen, die jetzt in Folge der Vermehrung des Heeres möglich sei, die Rede ist, sonach weder von preussischen noch Reichstruppen, so erscheint die Proclamation des Generals Hirschfeld und der gleich darauf erfolgte Einmarsch der Preußen, während noch keine bairischen Truppen den pfälzischen Boden betreten hatten, doch vorerst noch etwas räthselhaft, worüber wol nähere Aufklärung von Seiten der bairischen Regierung zu erwarten steht; um so mehr, als die preussischen Truppen als solche und nicht als Reichstruppen einzurücken und zu handeln scheinen; denn in der Proclamation des preussischen Generals ist von der Centralgewalt auch nicht mit einer Sylbe die Rede. (N. C.)

Die Nachrichten von dem Einrücken der Preußen in die Pfalz haben hier in höhern Kreisen aus dem Grunde nicht den günstigsten

e Tschert-
berei-
regulaire
bleiben
und die
stungen,
gehö-
em Ein-
(L.)
neuesten
340,000
hei nur
n. Die
urgewo,
ndbürger
af nur
Schiff-
O. Mai
nt, auf
Maria
isfelde.
ht stieß
kraft in
ndeck-
a Konn-
ne; der
neun
auf der
er eng-
kürzlich
se ver-
denen
er Ca-
it dem
er von
Schiff
isch en
Briefe
Paitier
blieben
Die
mittags
n meiste
50
Die fei-
da die
, daß
och ist
großen
n vor-
t hier
wird.
ekauft,
och im
rten:
01 1/2
oomm.
89 1/2
ein-
Berl-
4pc.
Act.
103,
42 1/2
oc. 92
ttenb.
86 1/2
itt. A.
5pc.
18 1/2
5pc.
Poln.
18 1/2
ran.